

# Posener Zeitung.

**Das Abonnement**  
auf dies mit Ausnahme der  
Sonntage täglich erscheinende  
Blatt beträgt vierteljährlich  
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,  
für ganz Preußen 1 Thlr.  
24 1/2 Sgr.  
**Bestellungen**  
nehmen alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

**Inserate**  
1/4 Sgr. für die fünfgepal-  
tene Zeile oder deren Raum,  
Reklamen verhältnismäßig  
höher sind an die Expedi-  
tion zu richten und werden  
für die an demselben Tage er-  
scheinende Nummer nur bis  
10 Uhr Vormittags an-  
genommen.

Die Posener Zeitung eröffnet auch für den Mo-  
nat Juni ein besonderes Abonnement zu dem Preise  
von 25 Sgr. in der Expedition und bei den Com-  
mandanten, für auswärtig incl. Postporto 1 Thlr. —  
Bestellungen von auswärtig sind direkt an die Expe-  
dition zu richten.

Expedition der Posener Zeitung.

## Amtliches.

Berlin, 29. Mai. Se. Majestät der König haben Allergnädigst ge-  
ruht: Dem katholischen Pfarrer Aukt zu Löwenberg im Regierungsbezirk  
Pommern, den Rotten Adler-Orden vierter Klasse, dem Kommunal-Em-  
pfänger, Premier-Lieutenant a. D. Kottelbaum zu Steele im Kreise Essen  
den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse, sowie dem Zeug-Sergeanten  
Michael Stolz beim Artillerie-Depot zu Danzig, dem Kirchen- und  
Schulvorsteher Joachim Kuehne zu Buchow-Carpow im Kreise Ost-  
preußen und dem Gerichtsboten und Exekutor David Sohn zu Heilsberg  
das Allgemeine Ehrenzeichen; ferner dem Rittergutsbesitzer Freiherrn Frie-  
drich von der Landen von Wakenitz auf Ebenow im Gommern-Kreise  
in Neu-Vorpommern die Kammerherrn-Würde; und dem Kaufmann Henri  
Adolph Nöcker hier selbst das Prädikat eines königlichen Hof-Lieferanten  
zu verleihen.

Der Rechtsanwalt und Notar Greve in Pödinghausen ist in gleicher  
Eigenschaft an das Kreisgericht in Münster, mit Anweisung seines Wohn-  
ortes daselbst, versetzt worden.

Dem Kompositionisten und Gesanglehrer Ferdinand Sieber hier selbst  
ist das Prädikat „Professor“ verliehen worden.

Das 16. Stück der Gesetzsammlung, welches heute ausgegeben wird,  
enthält unter Nr. 5868 das Statut für den Deichverband der Alten Binnen-  
niederung, vom 18. April 1864; unter Nr. 5869 das Statut für den Deich-  
verband der Neuen Binnen-Niederung, vom 18. April 1864; unter Nr. 5870  
den Allerhöchsten Erlaß vom 18. April 1864, betreffend die Verleihung der  
fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Kreis-Schiffen  
in den Kreisen Gumbinnen: 1) von Gumbinnen über Walterkehmen bis zur  
Goldpader Kreisgrenze in der Richtung auf Goldap, 2) von Gumbinnen  
über Memmersdorf bis zur Darkehmer Kreisgrenze in der Richtung auf die  
Kraupischkehmen-Darkehmer Staatsstraße, 3) von dem Dorfe Cannapinnen  
an der Tilsit-Gumbinner Staats-Straße über Brackupönen und Wingen  
bis zur Billfeller Kreisgrenze in der Richtung auf die Billfellen-  
Tilsiter Staatsstraße; unter Nr. 5871 das Privilegium wegen Ausfertigung  
auf den Inhaber lauterer Kreis-Obligationen des Gumbinner Kreises im  
Betrage von 80.000 Thalern, vom 18. April 1864; und unter Nr. 5872 den  
Allerhöchsten Erlaß vom 16. Mai 1864, betreffend die einstweilige Ermä-  
gung des Hafengeldes in Pillau und des Pregelmündungsgeldes.

Berlin, den 28. Mai 1864.  
Debits-Comptoir der Gesetzsammlung.

## Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, Sonntag 29. Mai, Abends. Das Sonntags-  
blatt der „Constitutionellen österreichischen Zeitung“ enthält  
ein Telegramm aus London des Inhalts, daß in der gestri-  
gen Konferenzsitzung die Bevollmächtigten der deutschen  
Großmächte ihre bestimmten Propositionen vorlegten und  
England einen Vermittelungsvorschlag einbrachte, daß aber  
die Vertreter Dänemarks ohne Ermächtigung zu irgend wel-  
chen Vorschlägen erschienen waren.

## Die Theilung Schleswigs.

Es giebt für die deutsche Presse in diesem Augenblicke kaum eine  
wichtigere Aufgabe, als die Feststellung der öffentlichen Meinung gegen-  
über dem, auch in Preußen befürworteten Plane, die schleswig-holsteini-  
sche Frage durch eine Theilung Schleswigs zu lösen.

Allem Vermuthen nach wird England mit dem großmüthigen  
Vorschlage hervortreten, den südlichen Theil Schleswigs dießseits einer  
Linie, die sich von Cappel an der Schlei nach Tönning — bestenfalls  
nach Husum — an der Westküste zieht, mit Holstein zu vereinigen, die  
nördlich gelegenen Landestheile dagegen der dänischen Provinz Jütland  
einzuverleihen. Ein Blick auf die Karte zeigt, daß dieser Vorschlag keine  
ernstliche Diskussion zuläßt. Er würde außer den Aemtern Apenrade,  
Hadersleben, Büsum, Flensburg, dem Sundewitt und Alsen, auch  
die Banthschaft Angeln im Osten sammt dem friesischen Insel- und Fest-  
lande an Dänemark ausliefern. Die für die Landesverteidigung und  
für die Marine wichtigsten Stellungen und eine ferndeutsche Bevölkerung  
von mindestens 100.000 Seelen würden durch die Annahme dieses Vor-  
schlages für Deutschland verloren gehen. Ein Friedensabluß auf sol-  
cher Grundlage wäre ein Verbrechen an Deutschland und dem Rechte der  
Herzogthümer: ewig beisammen zu bleiben, ungetheilt. Wie wenig zu-  
mal die Friesen und Angler gefonnen sind, auf dieses Recht zu verzich-  
ten, haben sie hinlänglich an den Tag gelegt durch die vielfache feierliche  
Verkündigung des Herzogs Friedrich, durch ihre Huldigungsdeputatio-  
nen und ihre massenhafte Theilnahme an den Beschlüssen der Rends-  
burger Versammlung.

Es ist der Gedanke aufgetaucht, nördlich von der Cappel-Husumer  
Linie eine zweite zwischen Apenrade und Tondern zu ziehen, wodurch das  
ganze Land in drei Zonen getheilt wäre: die südliche mit unbefristeten  
reindeutscher Bevölkerung, die mittlere, die hauptsächlich das Amt Flens-  
burg, Angeln und Friesland, Sundewitt und Alsen umfassen würde,  
mit einer Bevölkerung von gemischter oder befristeter Nationalität und  
endlich die nördliche mit „dänischer“ Bevölkerung. Dem englischen Vor-  
schlage gegenüber, meint man nun, ließe sich sagen: Wenn Ihr die dä-  
nische Zone im Norden zu Jütland schlagen wollt, während die deutsche  
im Süden mit Holstein verbunden sein soll, so müßt Ihr die mittlere  
und zweifelhafteste mindestens zur Abstimmung zulassen. Dieser Ge-

genvorschlag, welcher die Bevölkerung der Aemter Apenrade, Hadersleben  
und Büsum ohne Widerspruch der dänischen Herrschaft preisgibt,  
verleht das Recht der Nationalität, das geschichtliche Recht der beiden  
Herzogthümer auf unzertrennliche Verbindung und das Recht der Selbst-  
bestimmung.

In den genannten nördlichen Bezirken, namentlich in ihren Städ-  
ten und Flecken, lebt noch immer eine ansehnliche deutsche Bevölkerung.  
Hadersleben insbesondere, von Alters her der Sitz einer deutschen Ge-  
lehrten- und deutscher Kultur, hat durch seine Deputierten am 14. Fe-  
bruar dem Herzog Friedrich das Vertrauen ausgesprochen, daß er die  
Trennung dieser Stadt von ihren „Brüdern im Süden“ nimmermehr  
zugeben werde. Wenn also die Nationalität ein entscheidendes Moment  
ist: wie kann man diese deutsche Bevölkerung in Nordschleswig an Dä-  
nemark ausliefern? Die alte staatsrechtliche Verbindung der beiden Her-  
zogthümer knüpft den nördlichsten Theil von Schleswig so fest wie den  
südlichsten an Holstein. Wenn man sich auf diesen staatsrechtlichen Bo-  
den stellt: wie läßt sich die Trennung der nördlichen Bezirke von ihrem  
Verband mit dem übrigen Schleswig und Holstein rechtfertigen? Soll  
aber aus politischen Rücksichten dem Rechte der Nationalität und dem  
historischen Rechte der Herzogthümer ein Opfer angefohlen werden, so  
steht die Entscheidung nicht einer Konferenz der Mächte, sie steht allein  
dem Volke und seinen Vertretern zu. Wie kann man dem nördlichen  
Schleswig die Ausübung seines Selbstbestimmungsrechtes verweigern und  
die Bevölkerung dieser Zone ungehört an Dänemark ketten, während man  
gleichzeitig für die Bevölkerung des gemischten Bezirks jenes Recht in An-  
spruch nimmt?

Die Konferenz darf keine Theilung Schleswigs beschließen: jeder  
derartige Beschluß wäre null und nichtig. Sie kann Vorschläge machen,  
über deren Annahme oder Verwerfung das Volk der Herzogthümer end-  
gültig entscheidet. Der Herzog Friedrich selbst hat in seiner Erklärung  
vom 16. April diese Willensäußerung des Volkes als die einzige Autori-  
tät bezeichnet, die er anzuerkennen bereit sei. Eine unmittelbare Abstim-  
mung aller selbstständigen Männer würde sich, weil ihr keine gemeinsame  
Berathung vorhergehen kann, als die größte und mangelhafteste Form  
darstellen; eine von beiden Herzogthümern gewählte Vertretung wäre das  
berufenste Organ, um im Namen aller Einzelnen über das künftige  
Schicksal der zusammengehörigen Länder und über die Abtretungen zu  
entscheiden, die man unter dem Gesichtspunkte der politischen Zweck-  
mäßigkeit in Vorschlag bringen könnte. Es ist schon ein Zugeständniß,  
wenn die Vertretungen der beiden zusammengehörigen Herzogthümer in  
getrennten Versammlungen berathen, denn Holstein hat ein Recht auf  
die Verbindung mit Schleswig, wie dieses ein Recht auf die Verbindung  
mit Holstein. Darf man dem dänischen Interesse noch ein weiteres Zu-  
geständniß machen, so bestünde es darin, daß in der Vertretung Schles-  
wigs nach Zonen abgestimmt und von den Vertrauensmännern jeder  
Zone ein gefondertes Botum über ihre künftige Stellung zu Holstein und  
Dänemark abgegeben würde. Damit wäre der Einwand einer unbilligen  
Majorisirung des dänischen Elements durch das deutsche beseitigt. Hätte  
sich aber dann die Mehrheit jeder einzelnen Zone gegen Dänemark erklärt  
— und dies ist allerdings der wahrscheinlichste Fall — so könnte nur die  
vereinigte schleswig-holsteinische Landesversammlung über diejenigen Ab-  
tretungen Beschluß fassen, die man „im Interesse des europäischen Frie-  
dens“ und zur Beschwichtigung der gedemüthigten englischen Politik als  
durchaus unvermeidlich betrachten mag. Sollte die Insel Alsen etwa  
so durchweg dänisch sein, wie es von dänischen Schriftstellern behauptet  
worden ist, so wäre das Aufgeben derselben an Dänemark mit dem Zeit-  
punkte weniger bedenklich, wo durch die Herstellung des Eiderkanals die  
maritime Bedeutung, welche sie sonst hatte, vermindert ist.

Jedes weitergehende Zugeständniß der deutschen Mächte ist verwerf-  
lich. Sie würden damit um des äußeren Friedens willen, den innern  
Frieden von neuem aufs Spiel setzen und sich selbst um den Triumph  
bringen, den sie jetzt, gedrängt von der öffentlichen Meinung, gestiftet  
auf die Erfolge der deutschen Waffen, gefördert durch die Berechnungen  
der Napoleonischen Staatsklugheit zu erringen im Begriff sind.

## Deutschland.

**Preußen.** △ Berlin, 29. Mai. [Friedrich von Au-  
gustenburg; die Lage der Konferenz; Kiel.] Die jüngste  
Nummer der „Independance“ hat uns mit der Nachricht überrascht, daß  
der Erprinz von Augustenburg in Folge förmlicher Einladung hier ein-  
getroffen sei, um sich mit unserer Regierung über die Ordnung seines  
künftigen Herzogthums im Innern und in seinem Verhältnisse zu Preu-  
ßen zu verständigen; unter anderem würde unsererseits auch von ihm das  
Versprechen verlangt, seinem ersten Manifest an die schleswig-holsteinische  
Bevölkerung entgegen die freisinnige Verfassung vom 24. September  
1848 nicht wiederherzustellen. Wahrscheinlich genug und der allgemeinen  
Situation vortrefflich entsprechend klingt die Renüciation, wenn sie auch,  
soweit meine Informationen reichen, thatsächlich auf einer Erfindung be-  
ruht. Hier wenigstens weiß selbst in den sonst unterrichteten Kreisen  
kein Mensch etwas von der Anwesenheit des Prätextanten, und die Tage  
der undurchdringlichen und unentdeckten fürstlichen Infognitos sind doch  
wohl vorüber. Ueberdies sind meines Wissens, wie ich Ihnen dies be-  
reits Ende vorigen Monats schrieb, Unterhandlungen mit Friedrich  
von Augustenburg über das eventuelle künftige Verhältniß Schleswig-Hol-  
steins zu Preußen so früh angeknüpft worden, daß das persönliche Er-  
scheinen des Prinzen Behufs Feststellung der weiteren Arrangements  
sicherlich heute kein Bedürfniß mehr ist. Aber richtig ist es: seit der Kon-  
ferenzsitzung vom 17. d. M. sind sowohl hier wie in Wien die Ausfüh-  
ren Augustenburgs derart im Steigen begriffen, daß zwischen den beiden  
Kabinetten, ich möchte sagen, eine Art von Rivalität in der Begünstigung  
seiner Kandidatur eingetreten ist, und es sehr leicht kommen könnte, daß  
eines Abends der Staatsanzeiger meldet, Se. Majestät haben den Herzog  
Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg in beson-

derer Audienz zu empfangen geruht. Auch klingt es sehr plausibel, daß  
unsere Feindalen, deren Organe in der Presse nunmehr anfangen, sich  
eine etwas anständigere Schreibart bei Erwähnung „Er. Durchlaucht“  
anzugewöhnen, scharf darauf aus sind, unter allen Umständen das ihnen  
verhaßte schleswig-holsteinische Grundgesetz vom 24. September 1848  
nicht zur Wiederauferstehung gelangen zu lassen. Schade nur, daß die  
ganze Popularität Friedrichs von Augustenburg allzuaußerschlüssig auf der  
warmen Begeisterung der Bürger und Bauern von Schleswig-Holstein  
und wahrlich nicht auf dem mehr als kühlen Verhalten der holsteinischen  
Magnaten von der Farbe der Herren Blome und Schel-Blessen ruht,  
als daß ihm die Möglichkeit gegeben wäre, seine Herzogskrone auf andere  
als die freisinnigen Elemente zu stützen, denen er neben den siegreichen  
preussischen Waffen seine Herrschaft wesentlich verbannt.

Wenn diese Zeilen zum Abdrucke gelangen, wird Ihnen der Tele-  
graph voraussichtlich bereits einige factische Notizen über das Resultat  
der gestrigen Konferenzsitzung gemeldet haben. Hier sind wir bis zur  
Stunde nur auf mehr oder weniger zuverlässige Schlussfolgerungen an-  
gewiesen. Da jedoch in der Regel die ersten Konferenzberichte, mit de-  
nen sich die Presse begnügen muß, weder auf Klarheit noch Genauigkeit  
Anspruch zu machen pflegen, mögen einige jener aprioristischen Bemerk-  
ungen auch neben den erwarteten Telegrammen zur Orientirung noch  
am Platze sein. Die Konferenzmächte, so wird angenommen, sind im  
Allgemeinen und wahrscheinlich mit Einfluß Dänemarks gestern über  
das Princip der staatlichen Trennung der Nationalitäten im Wesen  
einig gewesen. Nur will Dänemark einen möglichst schmalen Streifen  
Süd-Schleswigs als rein deutsches Gebiet zugestehen, während die neutra-  
len Mächte, Frankreich in erster Reihe, auch die Theile mit gemischter  
Nationalität von der dänischen Herrschaft auszuscheiden geneigt sind, und  
die deutschen Mächte, der Bund obenan, dann Oesterreich, dann Preußen  
auf Grund der Erbansprüche Augustenburgs auf ganz Schleswig sich ge-  
gen die Theilung des letzteren Landes erklären. Dies allein, die Moti-  
virung des principiellen Einwandes gegen die Parcellirung Schleswigs,  
ist der Gesichtspunkt, von dem aus alle die verschiedenen Nachrichten von  
einer preussisch-österreichischen angebauten oder gar angeländigten Aner-  
kennung Augustenburgs zu verstehen sind. Von einer solchen Anerken-  
nung ist durchaus noch keine Rede, sondern, wie bemerkt, nur von der  
formellen Vorschreibung seiner geltend gemachten Souveränitätsrechte  
auf ganz Schleswig gegenüber den dänischen Absichten auf Incorporation  
der nördlichen Hälfte. Gestützt auf diesen Titel, soll es dann im östrei-  
chischen Plane liegen, im weiteren Laufe der Verhandlungen Nord-Schles-  
wig zum Austausch für Rauenburg der Krone Dänemark anzubieten,  
auf solchem Umwege das Nationalitätsprincip in ausdrücklicher Aner-  
kennung zu umgehen und die Fiktion des Legitimitätsprinzips zu retten.  
Denn im Uebrigen ist es klar, daß es sich dabei nur um eine schat-  
tenhafte Fiktion handelt. Wie anders will man die geographische Be-  
grenzung „Nord-Schleswigs“ oder Süd-Jütlands bestimmen, wenn nicht  
durch die Nationalität? Mit Waagshale oder Zollstock wird sich die  
Gleichheit der Kompensations-Objecte doch nicht herstellen lassen.

Die Nachricht, die so viel böses Blut gemacht hat, daß England  
darauf bestehe, Kiel als Handelshafen gewissermaßen zu neutralisiren,  
seine Erhebung zum Kriegsbundeshafen für alle Zeit zu verhindern, ge-  
hört meines Wissens dem älteren Stadium der diplomatischen Verhand-  
lungen an, als die Personalunion noch auf dem Programme stand und  
die deutschen Großmächte ausbrüchlich jene Forderung aufgestellt hatten.  
Nur in dieser Verbindung lag einiger Sinn in der englischen Imperi-  
nienz.

Aus Berlin wird der „Patr. Ztg.“ geschrieben: Von einer Thei-  
lung Schleswigs nach den Nationalitäten will man, wie verlautet, weder  
hier noch an der Donau etwas wissen. Auch die Nachricht der „Indepen-  
dante“, wonach Frankreich eine Theilung in der Art vorgeschlagen habe,  
daß die 6 südlichen Kirchspiele zu Holstein geschlagen werden, der ganze  
nördliche Theil Schleswigs aber bei Dänemark verbleiben solle, ist guter  
Quelle zufolge völlig aus der Luft gegriffen. Frankreich hat bis jetzt die  
Idee der Volksabstimmung nicht aufgegeben, und, wenn ich recht unter-  
richtet bin, so würde auch Preußen und Oesterreich schlimmsten Falls selbst  
vor diesem Schritte nicht zurückschrecken, wenn man dadurch die wenigen  
zweifelhaften Distrikte Nord-Schleswigs dem schleswig-holsteinischen Ver-  
bande erhalten könnte. In erster Linie werden freilich die deutschen  
Mächte mit aller Energie auf den Konferenzen für Erhaltung des ge-  
samten Territorialverbandes Schleswigs zu wirken bemüht sein. Auch  
von England ist das Theilungsprojekt keineswegs in offizieller Form in  
Vorschlag gebracht, sondern nur vertraulich angedeutet worden. Welche  
Gintergedanken übrigens England mit diesem Projekte verbindet, habe  
ich schon gestern angedeutet. Es will um jeden Preis eine Stärkung  
Deutschlands hintertreiben und hat sich deshalb schon in manchen Rund-  
geboten gegen das Projekt, Rendsburg und Kiel zu Bundesfestungen  
zu machen, an letzterem Ort einen Bundeshafen zu errichten und selbst  
gegen die Kanalisierung Holsteins ausgesprochen.

— Die „Köln. Ztg.“ bringt folgende Mittheilungen über die  
Konferenz-Sitzung vom 17. Mai:

Graf Bernstorff verlangt das Wort und erklärt mit Bezugnahme  
auf die Depeche des Herrn v. Bismarck vom 15. Mai d. J. im Na-  
men Preußens: 1) daß das Berliner Cabinet sich vollständig von den  
Stipulationen des Londoner Protokolls von 1852 losjage; 2) daß es  
nur auf einer außerhalb des Londoner Vertrages zu suchenden Basis  
weiterhin mit den versammelten Vertretern der Mächte zu unterhandeln  
geonnen sei; 3) als eine solche Basis schlägt Graf Bernstorff vor:  
a) Vollständige Vereinigung der beiden Herzogthümer, Trennung dersel-  
ben von Dänemark und Unabhängigkeit in politischer und administrati-  
ver Hinsicht, jedoch mit Personal-Union mit dem Könige Christian.  
b) Materielle Bürgschaft für die Ausführung dieses Vorschlages, welche  
später normirt werden soll durch Preußen, Oesterreich und den deutschen  
Bund. c) Ersatz der Kriegskosten. d) Vorstehendes gilt als Minimum



der preussischen Forderungen. Sollte es nicht en bloc von Dänemark acceptirt werden, dann wird die Personalunion fallen gelassen.

Es erhob sich darauf Herr Quaade und erklärte in gereiztem Tone, daß Dänemark auf einer anderen Basis als dem Vertrage von 1852 nicht unterhandeln könne.

Herr v. Beust protestirte im Namen des Bundes gegen die Personalunion und gab die positive Erklärung ab, daß der Bund nur die vollständige Unabhängigkeit der Herzogthümer billigen werde.

Vord Russell erklärte die preussischen Vorschläge für unannehmbar für Dänemark.

Graf Apponyi gab an, eine identische Instruktion mit dem Grafen Bernstorff erhalten zu haben.

Frankreich und Rußland haben vorgeschlagen, die Propositionen ad referendum zu nehmen. Auf die Weigerung Dänemarks hin wurde der Vorschlag einstimmig angenommen, die Konferenz bis zum 28. zu vertagen und an die Regierungen zu berichten, resp. weitere Instruktionen abzuwarten.

Wie die „Weim. Ztg.“ hört, ist die Erklärung des Herzogs Friedrich VIII. von Oldenburg mit dem Vorbehalt eventueller Rücksendung angenommen worden. In der Konferenz zur Mittheilung gekommen, beschloß die Versammlung, sie nicht zurückzusenden, aber auch nicht in die Protokolle aufzunehmen.

Die Kriegskosten-Entschädigung, welche die deutschen Mächte von Dänemark verlangen, sollen sich, wie aus Paris gemeldet wird, auf 230 Millionen Fres. belaufen.

Der ministerielle Korrespondent der „Elberf. Ztg.“ tritt beharrlich der weit verbreiteten Meinung entgegen, der Landtag werde in naher Frist einberufen werden. Wie derselbe versichert, liegt der Gedanke einer nahen Einberufung des Landtages der Regierung in diesem Augenblicke um so mehr fern, als größere Dimensionen des gegenwärtigen Kampfes flüchtig nicht mehr zu erwarten sind.

Es bestätigt sich, daß sich die österreichische Regierung in der Zollfrage bereit zeigt, mit Aufopferung der Propositionen vom 10. Juli den Februarvertrag fortzusetzen. Als Bedingung sind aufgestellt, daß die Zollvereinigung mit Dänemark vorgehalten bleibt, daß Art. 31 des französischen Handelsvertrages zu Gunsten der österreichischen Einfuhr abgeändert und daß ein Vertrag über das Schmuggelwesen abgeschlossen wird. Von diesen Bedingungen wird nur die letzte von der preussischen Regierung für annehmbar gehalten. Die bairischen Bevollmächtigten werden dem Vernehmen nach heute Wien verlassen; in der nächsten Woche soll dort die Sonderzollkonferenz zusammentreten, wahrscheinlich nicht mehr, um sich noch weiter von Preußen zu trennen, sondern um eine Brücke zur Verständigung mit Preußen zu suchen.

C. S. — Nachdem die für die ersten 14 Tage von der mobilen Armee beurlaubten Soldaten bei ihren Regimentern wieder eingetretten sind, haben nun weitere zehn Mann per Kompagnie Urlaub auf 14 Tage erhalten, müssen aber am 10. Juni wieder an Ort und Stelle sein. Sie reisen vollständig bewaffnet, mit vollem Gepäck.

C. S. — In finanziellen Kreisen behauptet man, das Militär-Budget habe im Jahre 1863 in Folge der Maßnahmen an der polnischen Grenze und der Mobilmachung für den Feldzug in Schleswig um mindestens 3 1/2 Millionen im Vergleich zu den Voranschlägen überschritten werden müssen.

Die kreisständische Kommission des Kreises Teltow hat den Beschluß gefaßt, die Unterstützung bedürftiger Soldatenfamilien, welche für den Winter bewilligt gewesen, unverkürzt so lange fortzuführen, bis die zu den Fahnen einberufenen Krieger heimgekehrt sind.

Aus Königsberg schreibt man dem „N. R.“: Der Gymnasiallehrer Witt, ein Mann von Charakter und Bildung, im Jahre 1848 Mitglied der preussischen „Nationalversammlung“ und in den nächsten Jahren der hochgehenden Reaktion seiner Stelle enthoben, vor einigen Jahren vom Minister Bethmann-Hollweg so weit rehabilitirt, daß er eine kleine Stelle, die täglich kündbar ist, am hiesigen Altstädtischen Stadtgymnasium erhielt, wurde jüngst vom Magistrat auf Vorschlag seines Direktors zu einer vakanten Oberlehrerstelle an demselben Gymnasium erwählt. Das Provinzial-Schulkollegium, ersucht, die Bestätigung dieser Wahl bei dem Kultusminister zu befürworten, lehnte nicht allein diese Bitte ab, sondern zeigte zugleich dem Magistrat an, daß es die protokollarische Vernehmung Witts bei seinem Direktor angeordnet habe, ob er aus dem Handwerkervereine, dessen Vorstandsmitglied er ist, ausgetreten und überhaupt jeder politischen Agitation entzogen wolle. Im Weigerungsfalle soll Witt auch seiner jetzigen Stellung enthoben werden.

Das Comité zur Verpflegung durchpassirender Verwundeter in Berlin hat aus Anlaß des Sieges bei Düppel und der Heimkehr des Kronprinzen und des Prinzen Friedrich Karl vom Kriegsschauplatz zwei Stiftungen begründet in der Art und zu dem Zwecke, daß für zehn Söhne und zehn Töchter von in Schleswig und Jütland im Kampfe vor dem Feinde gefallenen oder an den erlittenen Wunden gestorbenen preussischen Krieger je 50 Thlr. auf Zinseszins angelegt werden. Das für jeden Beneficianten angesammelte Kapital wird ihm nach erreichter Volljährigkeit beziehungsweise bei der Verheirathung ausgezahlt. Die Stiftung für Knaben ist als Filiale dem Kronprinzenfonds überwiesen, die Stiftung für Mädchen aber dem Prinzen beziehungsweise der Prinzessin Friedrich Karl dedirt und ihr unter deren Genehmigung der Name „Prinzess-Maria-Anna-Stiftung“ beigelegt. Deputationen des Comité's hatten am Freitag Nachmittag die Ehre, dem Kronprinzen und dem Prinzen Friedrich Karl die Stiftungsurkunden zu überreichen. Die hohen Protektoren der beiden Stiftungen werden die zur Theilnahme daran zu berufenden Kriegswaisen bestimmen.

Die „Gazette“ ist im April von Shanghai abgefahren. Bei günstiger Fahrt soll sie in 2 Monaten in der Nordsee eintreffen können.

Görlitz, 28. Mai. Wie der „Anzeiger“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, hat die königliche Regierung zu Regnitz die Wahl des Herrn Kiesler (liberal) zum Stadtrath hierseits bestätigt.

Magdeburg, 28. Mai. Die „Magd. Ztg.“ schreibt: Wie wir seiner Zeit berichteten, war Herr Dr. Berthold in Stendal, Lehrer am dortigen Gymnasium, wegen seiner politischen Thätigkeit bei den Wahlen und in der Presse zur Disciplinaruntersuchung gezogen und in erster Instanz Amtsentsetzung gegen ihn erkannt. In der zweiten Instanz ist dieses Urtheil bestätigt und Dr. Berthold nunmehr definitiv aus dem Staatsdienste entlassen.

Oestreich. Wien, 26. Mai. Der „Köln. Ztg.“ schreibt man von hier: „Der für Deutschland so günstige Umschwung in den Anschauungen aller Kabinette hat sich mit merkwürdiger Schnelligkeit vollzogen, und was das Auffallendste ist, eine vollkommene Einigkeit nicht nur zwischen Oestreich und Preußen, sondern auch beider mit dem deutschen Bunde herbeigeführt. Der Anstoß ging allerdings von Frankreich aus, welches in den letzten Vorverhandlungen für die nächste Kon-

ferenzsitzung das englische Kabinett aufforderte, nach den Erklärungen der deutschen Mächte möchten die Westmächte den Londoner Vertrag nun ebenfalls fallen lassen und eine Theilung Schleswigs proponiren, dessen südlicher Theil, mit Holstein vereinigt, einen selbstständigen Staat unter Garantie der Großmächte zu bilden hätte. England ging auf diesen Antrag ein, und die Westmächte haben den übrigen Konferenzstaaten diesen ihren Entschluß mitgetheilt. Er kam hier etwas überraschend, so daß man sich von der mit einer gewissen Blumpheit, wie ein Befehl, auftretenden Proposition Anfangs verlegt fühlte. Bald aber faßte man sich, und nach kurzer Berathung mit Berlin beschloß man, die günstige Disposition zu benutzen und das ganze, volle Recht Deutschlands zu fordern. In den heute an die Bevollmächtigten Oestreichs und Preußens nach London abgegangenen Instruktionen sind dieselben angewiesen: „die Trennung der Herzogthümer von der dänischen Krone und deren ungetrennte Vereinigung zu einem unabhängigen, dem deutschen Bunde einzuverleibenden Staate unter der erblichen Souveränität des Prinzen Friedrich von Augustenburg“ in der nächsten Konferenzsitzung am 28. d. zu beantragen. Wenn im Laufe der Verhandlungen über diesen und den französischen englischen Antrag von deutscher Seite in Betreff der Theilung Schleswigs etwas nachgegeben werden sollte, so wird das sicherlich nicht wegen des peremptorischen Kommandotones, mit welchem die Westmächte ihren Entschluß notificirten, geschehen, sondern man wird einen Theil Schleswigs als Kompensation für Lauenburg, das allerdings ziemlich unbestritten zur Krone Dänemark gehört, dem letzteren hingeben. Hoffentlich wird schon die nächste Konferenzsitzung die Entscheidung bringen.“

Hannover, 27. Mai. Die „N. H. Z.“ schreibt: Die von vielen Blättern gebrachte Mittheilung, daß Sachsen und Hannover aus den Ueberschüssen der holsteinischen Staatseinnahmen schon jetzt die Kosten der von ihnen ausgeführten Exekution in Abzug bringen, ist unbegründet, da aus den fraglichen Ueberschüssen noch nichts abgeliefert ist. Selbstverständlich werden die etwaigen Ueberschüsse demnächst auch nur an die Bundeskasse, nicht an die Kassen der mit der Exekution beauftragten Regierungen abzuliefern sein, da eine Liquidation der Exekutionskosten nur mit der Bundesverwaltung stattfindet.

Sachsen. Dresden, 28. Mai, Nachm. [Telegr.] Gegenüber den in verschiedenen Zeitungen aufgetretenen Nachrichten ist das „Dresdener Journal“ zu der Erklärung ermächtigt, daß der Staatsminister Freiherr v. Beust sich in Paris durchaus nicht mit Verhandlungen über den preussisch-französischen Handelsvertrag beschäftigt hat.

Sächsische Herzogthümer. Weimar, 28. Mai, Nachm. [Telegr.] Wie die „Weimarsche Zeitung“ mittheilt, sind die Gesandten Oestreichs und Preußens instruiert worden, in der heutigen Sitzung der Konferenz den Antrag zu stellen, daß der Erbprinz von Augustenburg aufgefördert werde, seine Successionsansprüche bezüglich Schleswigs und Holsteins zu begründen. Oestreich und Preußen hätten im Principe nichts gegen die Anerkennung des Erbprinzen als Herzog von Schleswig-Holstein einzuwenden.

#### Schleswig-Holstein.

Altona, 26. Mai. Aus zuverlässiger Quelle erfährt die „S. H. Z.“, daß an den verschiedenen Gerichten und Mittheilungen über die Reorganisation der schleswig-holsteinischen Armee, wie Uebertieferung von Waffen u. s. w., nichts Wahres ist.

Kiel, 27. Mai. In Folge der von den Dithmarschen ergangenen Einladung an Herzog Friedrich VIII. haben jetzt auch die übrigen westholsteinischen Städte und Distrikte Deputationen hierhergeschickt, um ihn zu bitten, auf seiner dithmarschen Reise sie zu besuchen. Nachdem hier demnach Abgeordnete aus Ahleke, Glückstadt, Wilster und der Wilstermarsch gewesen sind, trafen vorgestern noch Deputirte der Stadt Krempe und der Krempersmarsch ein. Die Reise des Herzogs wird dadurch eine ausgedehntere werden, wenn sämtliche genannte Orte und Städte hineingezogen werden sollen. (H. R.)

Ueber das Benehmen der Dänen in Jütland wird der „N. Z.“ aus Christiansfeld, 21. Mai, geschrieben: Von dem Augenblick an, wo die Waffenruhe eingetreten, begannen die Dänen den kleinen Krieg gegen die allirten Truppen in zahllosen Plackereien und einer Renitenz gegen die billigsten und selbstverständlichen Ansprüche dieser Truppen, die sie vorher sich nie und nimmer zu erlauben wagten, und die den Siegern auf erobertem Boden nachgerade die Waffenruhe in eine Qual umzuwandeln drohen. Dahin gehören die immer zahlreicheren Plackereien der Quartierwirthe gegen die Offiziere und Mannschaften, das bis zum Unehreerbietigen ausartende Benehmen der überall wieder in Thätigkeit tretenden dänischen Behörden gegenüber den Militärautoritäten; deren zunehmende Renitenz in Dingen, die sich auf die selbstverständlichen Interessen der Truppen beziehen, und geradezu in Verweigerung der gerechtfertigten Forderungen dieser letzteren ausarten. So sind z. B. Fälle vorgekommen, daß Hauswirthe in Kolbing z. c. der Einquartierung verweigern wollten, ihr Mittagsmahl am häuslichen Herd zuzubereiten. Auffallender noch ist folgender Vorfall. Kolding nämlich hat eine genügende Anzahl von Wirthschaften, um dem Bedürfniß der Besatzung und der zahlreichen Durchreisenden zu entsprechen. Als die Preußen hier lagen, waren sämtliche Hotels derartig belegt, daß ihr wirtschaftlicher Verkehr aufhören mußte, eben nicht zum Vortheil des Tagesverkehrs der Truppen. Oestreichischer Seits befreite man seiner Zeit diesen Verkehr von jeder Fessel, aber diese Wirthschaften waren ungenügend, den nächsten Heischungen der Truppen zu entsprechen; ihre Speisen und Getränke waren schlecht, oft ungenießbar, bei fast unerschwinglichen Preisen, noch schlechter die Bedienung in den schmutzigen Lokalen. Selbstverständlich wurden nun einer Anzahl auswärtiger Markender Koncessionen erteilt, und zwar von der zuständigen Militärbehörde, eben weil diese Leute meist von Hamburg aus den Bezug aller jener Bedürfnisse an Speisen und Getränken vermittelten, die hier die Truppen, namentlich die Offiziere nicht haben konnten, oder mit doppelten Preisen und schlechtester Qualität hinnehmen sollten. Jetzt künden die Dänen, wie auf Verabredung, die diesen Marktendern gegen hohes Gehalt vermiethten Lokalitäten, rufen sogar gegen sie he und da die Hilfe der dänischen Behörden herbei. Ich erwähne einen andern Fall. Im Hafen zu Kolding liegt seit drei Tagen eine Schiffsladung trefflichen Kieler Biers und anderer unentbehrlichen Lebensbedürfnisse, die der richtig spekulirende Schiffseheder zum Gebrauch der verbündeten Truppen bestimmt hat, wohl wissend, daß das Kolding Bier theuer, schlecht und öfter gesundheitsgefährlich ist, also kaum geduldet werden sollte. Dessenungeachtet ist alsbald eine ganze Schaar dänischer Zollbeamten am Hafen und legt die Schiffsladung unter Verschluss. Ob schon der Schiffseheder versichert, daß diese Ladung nur für den Truppengebrauch bestimmt, überdies bereits in Holstein verzollt sei, wird ihm erwidert: „Daß Holstein Ausland sei, daß er seine Waare in Kolding nochmals verzollen müsse!“ Einem Husarenrittmeister der allirten Trup-

pen, der mit seiner Schwadron in den letzten Tagen den Marsch nach Sinsböhling hin und her zu machen hatte von der Westküste aus, verweigerten wohlhabende Dorfbewohner, trotz der angebotenen Zahlung, einen Kaffee für sich und seine Offiziere, ebenso einen Wagen für einen erkrankten Mann. Selbstverständlich nahm er sich den letztern gegen Scheine. Solche Fälle — und deren liegen hunderte vor — bezeichnen den dänischen Charakter in seiner ganzen Schroftheit.

Kopenhagen, 26. Mai. Die „Berl. Tid.“ meint, daß es schwierig sein wird, eine Uebereinkunft mit dem preussischen Oberkommando über die Ausführung der Bestimmungen in Bezug auf die Waffenruhe zu treffen, weil das preussische Hauptquartier nach Flensburg oder jedenfalls nach einem Orte im Herzogthum Schleswig verlegt werden, und General Moltke, welcher vom Feldmarschall v. Wrangel zum Kommissar ernannt war, ebenfalls dahin abgegangen sei und also in Jütland kein preussischer Bevollmächtigter zu finden, mit dem der dänische Regierungskommissar verhandeln könne. — Nach einem Schreiben des Ministers des Innern vom 17. d. M. an den Amtmann in Silkeborg über die Bestimmungen in Betreff der Waffenruhe sollen die von den allirten Truppen gemachten Requisitionen, welche nur Einquartierung und Mundprovisionen umfassen dürfen, nach einer zwischen der Militärautorität und der königlichen Obrigkeit vereinbarten Tage und kontant bezahlt werden. — Die „Berl. Tid.“ enthält ein Schreiben aus Flensburg vom 19. Mai, in welchem die Behandlung der in den dortigen Lazarethen liegenden dänischen Verwundeten sehr gelobt wird.

#### Großbritannien und Irland.

London, 26. Mai. Im Court of Exchequer sollte heute der Prozeß der Regierung gegen die Herren Laird (wegen der von den letzteren für die konföderirten Staaten gebauten Widderdampfer) zur Verhandlung kommen. Der Solicitor-General erklärte jedoch, der Prozeß sei in Folge eines Ausgleichs (der im Verlauf der Dampfer an die Regierung besteht) niedergelegt. Eine Bedingung des Ausgleichs aber ist wichtig: es wurde „ein Verdict zu Gunsten der Krone gegen den Angeklagten eingetragen“. Mit anderen Worten, der von der Regierung vertheidigte Standpunkt ist als der gesetzliche anerkannt. Sollte ein Schiffbauer nach dem Beispiele von den Herren Lairds einen Widderdampfer für die konföderirten Staaten oder einen anderen in ähnlicher Lage befindlichen Staat bauen, so wäre obiges „Verdict“ ein entscheidender Präcedenzfall.

Die Gesamtsumme der in England für die dänischen Verwundeten gesammelten Beiträge macht 9066 Pfd. St.

Die 15thmischen Spiele Englands, wie Lord Palmerston einmal das große, jährlich wiederkehrende, von einem Vorfahren des gegenwärtigen Earl von Derby vor 85 Jahren gestiftete Derby-Rennen, vielleicht das größte englische Volksfest, nannte, wurde gestern mit gewohntem Glanze begangen. Bei leidlichem Wetter bietet das Fest in der That auch demjenigen, welcher ein geringes oder gar kein Interesse an der Rennbahn nimmt, durch die anmuthige Natur und das ungeheure Gewimmel fröhlicher Menschen einen großen Genuß. Die Zahl der Renner, welche um den 6675 Pfd. St. betragenden Hauptpreis rangen, belief sich auf 30. Den Sieg trug das einem Herrn J. Anson gehörige Pferd „Blair Athol“ davon, und zunächst folgte Lord Glasgow's Pferd „General Peel“.

[Parlaments-Verhandlungen vom 26. Mai.] Oberhausung. Der Earl von Ellenborough lenkt die Aufmerksamkeit des Hauses auf den Stand der Dinge in Jütland. Die Preußen, sagt er, seien den Bedingungen des Waffenstillstandes gemäß verpflichtet, weder den Handelsverkehr im Lande zu stören, noch Kriegskontributionen zu erheben. Nun lasse sich aber wohl schwerlich behaupten, daß eine dieser beiden Bedingungen erfüllt worden sei. Die Haltung Deutschlands schreibe er der Annahme des englischen Einflusses auf dem Festlande zu und protestirt gegen den Grundsatz, daß der Reichtum und die Macht Englands niemals zur Vertheidigung des Rechtes gegen die Gewalt zu verwenden seien. Er deutet ferner an, daß die Politik Englands in der letzten Zeit einigermaßen durch gewisse erklärliche Vorurtheile der Königin beeinflusst worden sei, und fordert die Regierung auf, allen sich ihr etwa entgegenstellenden Hindernissen zum Trotz eine wahrhaft englische Politik zu befolgen. Schließlich fragt er, ob das in der letzten Zeit von den deutschen Truppen in Jütland beobachtete Verfahren mit den Bedingungen des Waffenstillstandes in Einklang stehe. Earl Russell entgegnet, die dänische Regierung habe erklärt, daß sie beabsichtige, so genaue Erkundigungen wie möglich über die Art der Ausführung des Waffenstillstandes in Jütland einzuziehen, und sie werde erst, wenn sie im Besitze aller betreffenden Fakta sei, dieselben den Mächten, mit denen sie unterhandeln sie sich bereit erklärt habe, vorlegen. Er halte das für ein vorzügliches und weises Verfahren, und seines Erachtens würde es nicht recht sein, vor Eintreffen dieser amtlichen Ermittlungen die in Zeitungen und Privatbriefen enthaltenen Gerüchte und Angaben ohne Weiteres als bare Münze anzunehmen. „Was die hier und anderwärts aufgestellten Behauptungen betrifft“, fährt der Redner fort, „so hat man sich an die preussische Regierung gewandt, und sie hat folgende Erklärung abgegeben, die ich so gut wie ich kann, Em. Herrlichkeiten mittheilen will, jedoch, ohne daß es mir irgendwie einfällt, das Verhalten der preussischen Regierung rechtfertigen oder die Verantwortlichkeit für die Erklärung auf mich nehmen zu wollen. Die preussische Regierung sagt, sie habe es, wenn ich nicht irre, am 28. April, für angemessen erachtet, den Werth der von den Dänen gefaßten Schiffe abzuschätzen, und da sich herausgestellt habe, daß dieselbe 50,000 Pfd. St. für preussische und 40,000 Pfd. St. für andere deutsche Schiffe betrage, so habe sie den Feldmarschall v. Wrangel beauftragt, in Jütland Kontributionen zum Betrage von 90,000 Pfd. St. zu erheben. Ich halte dieses Verfahren an und für sich für eine Neuuerung (hört! hört!); doch sei dem, wie ihm wolle, die Antwort der preussischen Regierung lautet: „Wir sind im Kriege begriffen, und wir glauben, daß das eines der Rechte ist, welche uns als kriegsführende Macht zuteil.“ Ein Theil dieses Betrages ward erhoben; allein die preussische Regierung sagt, daß, sobald der König in die Waffenruhe gewilligt habe, dem Feldmarschall v. Wrangel sofort der Befehl zugeandt worden sei, keine weiteren Kontributionen zu erheben, und daß, wenn solche seit dem 11. d. M. erhoben worden seien, die Zurückstattung an die betreffenden Personen stattfinden solle. Der Bericht unsers Vorkämpfers besagt, daß am 10. d. Mts. Befehle von Berlin abgegangen seien, und er hält es für wahrscheinlich, wie es denn auch mir als sehr wahrscheinlich vorkommt, daß, obgleich die Befehle an den Feldmarschall v. Wrangel gelangt sein möchten, sie sich am 12. vielleicht noch nicht in den Händen aller kommandirenden Offiziere befunden hätten. Aus einigen Berichten geht hervor, daß an jenem Tage Eintreibungen stattfanden. Eine dänische Angabe zufolge, wurden in der Nacht vom 11. mehrere Magazine und Lagerhäuser, die Privatkaufleuten gehörten, preussischerseits als Bürgschaft für die Zahlung von Kontributionen versiegelt. Später wurden die Siegel von einigen abgenommen, ob von allen, weiß ich nicht. So lautet die dänische Angabe, die jedoch nicht von der dänischen Regierung kommt. Was den Proviant anbelangt, so ward in der That der Befehl gegeben, daß alle Lieferungen für die Truppen bezahlt werden sollten. Nach dem, was ich gehört habe, sind die Zahlungen wahrscheinlich nicht in baarem Gelde, sondern in Bons geleistet worden. Die preussische Regierung ist durch die Bedingungen des Waffenstillstandes verpflichtet, keine weiteren Kontributionen zu erheben und für etwaige zukünftige Proviant-Lieferungen vollständige Zahlung zu leisten. Wir haben es jedoch für besser erachtet, die Darstellung der dänischen Regierung abzuwarten, als uns auf bloße Gerüchte zu verlassen.“ Wenn die preussische Regierung, fährt Earl Russell fort, in diesem Falle den von ihr eingegangenen Verpflichtungen nicht nachkäme, so würde dieselbe eine Verleumdung nicht bloß für England, sondern für alle auf der Konferenz vertretenen Mächte sein. Was die allgemeine Politik der englischen Regierung betreffe, so habe die Regierung recht daran gethan, daß sie es vermieden habe, England um Polen



ober Dänemarks willen in einen Krieg zu stürzen. Wenn man die nutzlosen Opfer bedenke, die England in früheren Kriegen gebracht habe, so möge man sich das als Warnung davor dienen lassen, einen Krieg anders zu beginnen, als da, wo es sich um die direkte Vertheidigung der Ehre und der Interessen der Nation handle. Alle von der Regierung getroffenen Maßregeln seien von ihrer Majestät rückhaltlos sanctioniert worden. Die Minister allein seien mithin für alle ihre Schritte verantwortlich und er wolle sehr gern seinen Theil der Verantwortlichkeit auf sich nehmen. Lord Brougham legte Bezeugnis ab von der Einmütigkeit, mit welcher sich die öffentliche Meinung sowohl in Frankreich wie in England gegen das von Preußen und Oesterreich den Dänen gegenüber beobachtete Verhalten erkläre. Earl Grey spricht sein Bedauern darüber aus, daß die Regierung, nachdem sie einmal beschloßen habe, Polens wegen keinen Krieg zu führen, sich in eine bittere Korrespondenz mit Rußland eingelassen habe.

Unterhaus-Sitzung. Gennessy beantragt folgende Resolutionen: 1) Die von ihrer Majestät Regierung in Bezug auf Polen gefolgten Unterhandlungen haben in keiner befriedigenden Weise geendet; 2) aus den dem Parlament vorgelegten Papieren geht hervor, daß Rußland die Bedingungen nicht erfüllt hat, unter welchen die britische Regierung sich damit einverstanden erklärte, die Herrschaft Rußlands in Polen anzuerkennen; 3) ihrer Majestät Regierung ist nicht mehr verpflichtet, die Souveränität Rußlands und Polens anzuerkennen. Der Antragsteller entwirft ein düsteres Bild von den Leiden Polens und behauptet, daß die Art, wie Earl Russell sich während seines Aufenthaltes in Schottland über das Verhalten Rußlands ausgesprochen habe, eine Rechtfertigung seiner Resolutionen sei. Auf Seiten der Polen stiehe sowohl das öffentliche Recht wie die Sympathie Europas. Lord Palmerston bemerkt, er stimme vollkommen mit dem Verdammungsurtheil überein, welches der Vordredner über jenes politische Verbrechen, die Theilung Polens gefällt, so wie mit dem Tadel, den er über das Verhalten Rußlands gegen Polen ausgesprochen habe. Allein das sei nicht die Frage, welche dem Hause vorliege. Gennessy verurtheilt die neuerdings von der englischen Regierung in der polnischen Frage beobachtete Haltung; doch vermöge er (Palmerston) schlechterdings nicht zu begreifen, was zu thun die Regierung unterlassen habe. Gennessy habe bei früheren Gelegenheiten eingestanden, daß er den Krieg nicht verlange, sondern nur eine diplomatische Aktion in Gemeinschaft mit anderen europäischen Mächten. Nun sei aber die Regierung in ihren diplomatischen Bemühungen so weit gegangen, wie möglich. Unter den obwaltenden Umständen hätten ihr nur zwei Wege offen gestanden, entweder sich weitere diplomatische Bemühungen zu ersparen, oder mit Rußland wegen Polens Krieg zu führen, was allgemein als Wahnsinn angesehen werde. Er sei sehr geneigt, die Ansicht zu theilen, daß Rußland seinen vertragsmäßigen Verpflichtungen gegen Polen nicht nachgekommen sei. Wenn aber das Haus die Resolutionen annähme, ohne daß es bereit sei, ihnen durch einen Krieg mit Rußland, welcher die Vorbereitung Polens bezwecke, Folge zu geben, so würde es sich nicht nur in eine unwürdige, sondern auch lächerliche Stellung versetzen. Der Wiener Vertrag sei von anderen Mächten außer England unterzeichnet worden, und eine einseitige Erklärung Englands würde nicht genügen, um dem Rechte Rußlands an Polen ein Ende zu machen. Rußland habe früher behauptet, es besitze Polen nicht kraft der Verträge, sondern durch das Schwert. Nun sei es aber immerhin schon etwas nicht Unmögliches, daß England es durch seine Diplomatie dahin gebracht habe, von Rußland das Zugeständnis zu erzwingen, daß es Polen auf Grund eines Vertrages besitze und nach Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung verpflichtet sein werde, dessen Bestimmungen nachzukommen. Um der Polen helfen zu wollen, habe er, das Haus sich nicht von seinen Gefühlen fortreißen lassen und die Polen des Schutzes berauben werde, welchen ihnen jener Vertrag gewähre. Fitzgerald behauptet, die Regierung habe nicht alles für Polen gethan, was sie hätte thun können, und sie habe die Aktion Frankreichs und Oesterreichs paralysirt. Die Resolutionen werden hierauf verworfen.

London, 28. Mai, Nachmittags. [Telegr.] Nach hier aus Peru eingetroffenen Nachrichten hat die spanische Flotte in Folge der dem spanischen Gesandten Solozar y Mazarredo in Lima Seitens der Regierung von Peru widerfahrenen Behandlung die Chincha-Inseln (an der südwestlichen Küste von Peru) besetzt. Der dortige peruvianische Gouverneur ist mit seinen Offizieren gefangen genommen. Der Versuch der Spanier, die peruvianische Flotte zu vernichten, war mißglückt. In Folge dieser Ereignisse herrscht große Aufregung in Callao.

### Frankreich.

Paris, 26. Mai. Der Erzbischof von Paris hat, wie die „France“ meldet, beschloßen, alljährlich junge Geistliche seiner Diözese zum Studium des Hebräischen u. an deutsche Universitäten zu schicken, um so für die Sorbonne gründlich gebildete Professoren der orientalischen Sprachen zu gewinnen. So hat bereits Abbé Bollot, Vikar zu St. Thomas von Aquino, die Weisung erhalten, sich nach Tübingen zu begeben.

Die Panzer-Fregatte „Invincible“ hat per Telegraph den Befehl erhalten, noch heute von Cherbourg, wo sie lag, nach Tunis abzugehen.

Da die Regierung von Marokko ihren Unterthanen verboten hat, sich auf Handels-Operationen mit Christen einzulassen, ist von den Konsuln Frankreichs, Englands und Italiens gegen dieses Verbot ein energischer Protest erhoben und gleichzeitig eine Art Ultimatum erlassen worden, welches die Aufhebung dieser Maßregel binnen einem Monat fordert.

Aus Algerien fehlen alle weiteren Nachrichten. Dagegen scheinen jetzt auch in Marokko Unruhen auszubrechen zu sollen. Der „Abend-Moniteur“ bringt darüber Folgendes: „Sir Moses Montefiore, der englische Jude, der sich vor einiger Zeit nach Marokko begab, um den Sultan Abderraman zu bestimmen, das Schicksal seiner Glaubensgenossen in diesem Lande zu verbessern, hat bekanntlich einen Ferman erhalten, der den Juden die gleichen Rechte gewährt, wie den Muselmännern. Diese so liberalen Koncessionen haben unglücklicher Weise auf mehreren Punkten den Fanatismus der Bevölkerung wachgerufen, und es ist zu befürchten, daß die Emancipation der Juden ernste Komplikationen herbeiführt. Die Nachrichten aus Tanger melden, daß in Fez, Mequinez und anderen Orten des Innern bedauerliche Szenen vorgefallen sind, und daß abermals eine heftige Reaktion gegen die Israeliten von Marokko auszubrechen droht.“

Den „Desir. Generalcorresp.“ wird aus Paris berichtet: „Anfangs Juni wird sich der kaiserliche Hof zur Sommerfrische nach Fontainebleau begeben und es soll dieselbe eine Reihe von pompösen Festen stattfinden. Eine ganz besondere Ueberraschung steht aber möglicherweise dem glänzenden Cirkel, der sich in Fontainebleau versammelt, dadurch bevor, daß König Viktor Emanuel in seiner Mitte erscheint. Der König soll nämlich den dringenden Wunsch hegen, sich persönlich mit dem Kaiser über eine Angelegenheit zu verständigen, über welche beide Souveräne bereits seit einiger Zeit korrespondiren und die dem König sehr am Herzen liegt. Diese Angelegenheit ist seine Abdankung. Er hat entschloßen, die immer schwerer werdende Last der Verantwortlichkeit für die vergangenen wie die zukünftigen Ereignisse auf die jungen Schultern seines Sohnes Humbert zu legen. Er soll den Zeitpunkt erkennen, die Staatsgeschäfte von seinen Schülern abzuschießen und sich für den Rest seiner Tage in die Abgeschiedenheit seines Jagdschlösses Montefalcone zurückziehen zu können.“

Paris, 27. Mai. Die letzten Nachrichten aus Algerien gehen bis zum 22. Mai. Was den Kriegsschauplatz anbelangt, so enthalten sie nur die Depesche des Generals Deligny vom 16. Mai (aus Gerville), die man bereits im Auszuge kennt. Dieselbe lautet, wie folgt: Ich habe den gestrigen Tag damit verbracht, die Gesteirne wegzunehmen zu lassen, die in Schlitten angehauert waren, und die Gerste auf den Feldern weg-

fressen zu lassen. Um 11 Uhr Morgens sandte ich den Obersten de Montfort mit einem Bataillon Infanterie, einer Schwadron Spahis und Deputationen aller Korps meiner Heeresabtheilung ab, um den Ueberbleibseln der Opfer vom 8. April die letzte Ehre zu erweisen. Die Leichen wurden ohne alle Verhüllung aufgefunden, und man konnte den Obersten Beaupré, den Hauptmann Bérard, den Lieutenant Blancpied, den Dolmetscher Gabissoff und einige Andere wiedererkennen. Heute Morgen um 8 Uhr verließ ich Slitten. Im Augenblick, wo ich in einen Engpaß des Mlad-Azza einmarschirte, zeigte sich ein ungefähr tausend Mann starker Gum, Herrars und Brabis, auf meinem linken Flügel. Während eine Kompanie Ruaven im Sturmschritt nach dem östlichen Ende des von dem Gum besetzten Hügel abmarschirte, ließ ich meine vier Schwadronen Jäger, welchen die Schwadron Spahis voranströmte, gegen den Mittelpunkt der Stellung anspresen. Meine Reiterei rückte vor, das Gebirge zur Rechten und die Kompanie Ruaven zur Linken habend. Der drei Mal angegriffene Feind verlor drei übereinander liegende Stellungen und wurde eine Strecke von sechs Kilometres weit verfolgt; mehrere hinter einander aufgestellte Ruaven-Kompanien gestatteten unserer Reiterei, sich zu sammeln, ohne beunruhigt zu werden, und zu mir zu stoßen, ohne daß der Feind Miene machte, sie zu verfolgen. Derselbe verlor über dreißig Mann, darunter zwölf bis fünfzehn Mann Fußvolk. Die Jäger hatten zwei Tode und die Spahis zwei Verwundete, darunter der arabische Kapitän Dufina, der schwer verletzt ist. Die Affaire fiel glücklich aus. Es ist ein schöner Erfolg für die Reiterei.

Ueber den Aufstand der Klittas sagen die Berichte nichts, obgleich derselbe eigentlich die Hauptsache ist. Die Kämpfe, die um Gerville herum stattfanden, sind häufiger und besagen nichts, während die Klittas den Tell bewohnen, den man für immer unterjocht zu haben glaubte.

Der „Abend-Moniteur“ meldet aus Damasus vom 5. Mai, daß ein Baarentransport auf der großen Landstraße von Beyrut nach Damasus von einer von Emir Seliman Harfuch befehligten Bande angegriffen worden ist. Unser Transport wurde von einem Franzosen, Namens Martin, angeführt. Derselbe wollte Widerstand leisten, wurde aber niedergeworfen, schwer verwundet, alles dessen beraubt, was er bei sich hatte, und halb nackt auf der Landstraße liegen gelassen. Bei Eingang dieser Nachricht begab sich der französische Konsul sofort zu Russud Pascha, dem Gouverneur von Damasus, der ihm seine energischste Unterstützung versprach. Auf den Kopf des Emir wurde sofort ein Preis gesetzt und dem, welcher ihn todt oder lebendig den Behörden überliefere, die Summe von 100,000 Piastern (25,000 Francs) versprochen. Russud Pascha ergriff außerdem Maßregeln für die Wiederherstellung der Sicherheit der Landstraße von Beyrut nach Damasus, die in der letzten Zeit nie gestört worden war. — Graf Montalembert hat heute eine Broschüre veröffentlicht: Le Pape et la Pologne. Der Deutscher überhaupt wird darin gelegentlich des schleswig-holsteinischen Konfliktes in keineswegs günstigen Ausdrücken gedacht.

Der gesetzgebende Körper hat gestern die Diskussion des ordentlichen Einnahme-Budgets beendet. Die vorgestellten an die Kommission wegen der Checkbesteuerung zurückverwiesenen Art. 8—10 wurden, mit Genehmigung der Regierung, für diesmal ganz gestrichen. Schließlich wurde das ganze ordentliche Budget mit 249 gegen 13 Stimmen bewilligt. Heute wird das außerordentliche Budget pro 1865 und das Rectificativ-Budget pro 1864 beraten, und erwartet man bei dieser Gelegenheit eine Rede von Thiers.

Paris, 28. Mai, Abends. [Telegr.] Die Session der Legislativen ist durch eine sehr versöhnlich gehaltene Rede des Präsidenten Herzogs v. Morny geschlossen worden. — Der heutige „Abend-Moniteur“ enthält Nachrichten aus Tunis vom 23. d. Der Stand der Insurrection war noch unverändert, indeß ein gewisses Nachlassen derselben bemerkbar. Man hofft, daß weise Koncessionen die Aufständischen zu dem Bey zurückführen werden. Der französische Botschafter zu Konstantinopel hat von der Pforte die Versicherung erhalten, daß den türkischen Agenten in Tunis die Instruktion erteilt worden sei, sich mit den französischen Agenten in vollständiges Einvernehmen zu setzen.

### Italien.

Die „Add. Allg. Ztg.“ schreibt aus Anlaß der telegraphischen Depesche, daß der Papst dem Frohnleichnamsfeste beizuwohnen und keine allzugroße Ermüdung gezeigt habe. Leider wird diese Nachricht, welche den Zustand des hohen Kranken günstig erscheinen läßt, durch andere Nachrichten abgeschwächt, aus denen sich ergibt, daß der Papst keinen thätigen Antheil an der Ceremonie zu nehmen vermochte, sondern nur vom Balkon aus derselben mit den Augen folgte. Pius IX. ruhte in einem Sessel und litt an der äußersten Schwäche. In Rom erzählt man sich, daß die Leibärzte des Vatikans die Befürchtung ausgesprochen haben, stündlich könne eine Katastrophe eintreten. Man habe sich denn auch am päpstlichen Hofe bereits über die Folgen und die zu ergreifenden Maßnahmen bei Eintritt eines Interregnums beraten. Außer der von uns bereits besprochenen Bulle, welche die Autorisirung für eine neue Papstwahl durch die in Rom anwesenden Kardinäle erteilt, habe man noch andere Maßregeln vorbereitet. Die drei Defane, Kardinalbischof und Kardinalpriester und die Kardinaldiakone sollen ein Kollektivschreiben an die französische Regierung gerichtet und einen Prälaten (Migr. Fizziani) mit der Ueberreichung beauftragt haben. In diesem Briefe wird angefragt, ob beim Ableben Pius IX. Frankreich die Protektion des päpstlichen Stuhles fortsetzen werde, damit das Konklave ohne Störung und, geschützt gegen jede Volksbewegung, in Rom abgehalten werden könnte. Die Antwort sei dahin ausgefallen, daß wohl die befürchteten Unruhen nicht stattfinden dürften. Die Kardinäle sollen in Folge dessen, Angesichts der Eventualität des Ablebens des Papstes, den Plan entworfen haben, sich mit der kirchlichen Partei Frankreichs in Verbindung zu setzen, um einen französischen Kardinal zum Papste zu wählen. Hierdurch werde Frankreich mehr als jemals an die Interessen des päpstlichen Stuhles und der weltlichen Macht des Papstes geknüpft. — Die italienische Presse hat sich natürlich dieser Frage bemächtigt, und selbst das Organ des Herrn Minghetti, die „Opinione“, fordert die italienische Regierung auf, sofort nach dem Tode des Papstes italienische Truppen auf römisches Gebiet zu entsenden und sich der Städte Velletri, Frosinone und Viterbi zu bemächtigen. Die Besetzung Roms, Civita-Vecchia's und Albano's rath das vorsichtige Blatt natürlich nicht an, daß diese drei Städte eine französische Besatzung haben.

— Das „Giornale di Roma“ berichtet, die Unterzeichnungen zu Gunsten des Peterspennigs hätten seit Ende des Jahres 1859 bis jetzt die Summe von 37,630,000 Fr. eingebracht.

### Rußland und Polen.

Petersburg, 21. Mai. [Ein Mittel, reich zu werden.] Die „Mosk. Ztg.“ schreibt: Man spricht über nichts so viel, als über den Güterkauf in Westrußland. Die bedeutenden Erleichterungen, welche die Regierung gewährt, und die Gerüchte von den fabelhaft billigen Preisen der Güter locken natürlich Alle an. Es unterliegt keinem Zweifel, daß derjenige, welcher den Kauf zu rechter Zeit macht, wo sich noch keine so starke Konkurrenz eingestellt hat, reichlich für seinen Unternehmungs-

geist belohnt werden wird. Beim Ankauf mit Unterstützung der Regierung wird in erster Zeit ein sehr kleines Kapital erfordert, um ein bedeutendes Gut zu kaufen. Die Gebote übersteigen kaum den Taxationspreis, so daß nur sehr wenig baar anzuzahlen ist, da der Taxationspreis in Jahreszahlungen amortisirt werden kann. Wer ein größeres Kapital hat, und ohne Unterstützung der Regierung fertig werden kann, der hat die Möglichkeit, besser eingerichtete Güter, welche freiwillig, aber nichtsdestoweniger sehr billig losgeschlagen werden, zu kaufen. Der Preis der größeren Güter ist an einigen Orten um 50, an anderen um 40 und 30 Prozent gefallen. Man muß hier noch bemerken, daß in den westlichen Gouvernements die Höfe und überhaupt die herrschaftlichen Wirtschaften sehr gut eingerichtet sind. Nach einigen Jahren werden die Preise ohne Zweifel steigen und dann wird es sich zeigen, welchen kolossalen Gewinn die jetzigen Käufer gehabt haben.

Von der polnischen Grenze, 27. Mai. Die Lokal-Kommissionen zur Regulirung der gutherrlich-bäuerlichen Verhältnisse haben im Gouvernement Plock und in den angrenzenden Kreisen, z. B. im Kreise Wloclawek, dem Drängen der nur in einem zeitweiligen Miethsverhältnisse stehenden herrschaftlichen Dienstleute, als Gärtner, Einlieger und Knechte, nachgegeben und das durch den kaiserlichen Ukas vom 2. März den Bauern verliehene Eigenthumsrecht an die in ihrem faktischen Besitz befindlichen Grundstücke auch auf sie ausgedehnt. Die den genannten Kategorien zum einstweiligen Nießbrauch von den Gutsbesitzern überlassenen Hütten und Ackerbeete sind ihnen als Eigenthum überwiesen worden. In Folge dessen haben auf vielen Gütern die Dienstleute ihre Arbeiten wieder eingestellt und sich zur Wiederaufnahme derselben nur unter der Bedingung bereit erklärt, daß ihnen 1 SR. und ihren Frauen 1/2 SR. Tagelohn gezahlt werde. Da die Gutsbesitzer eine so übertriebene Forderung unmöglich erfüllen und sich auch andere Arbeiter nicht sofort beschaffen können, so bleiben viele Felder brach liegen. Die Gutsbesitzer haben gegen die Eigenthumsverleihung an die nur in einem zeitweiligen Miethsverhältnisse zu ihnen stehenden Dienstleute als dem kaiserlichen Ukas vom 2. März widersprechend beim Statthalter Grafen Berg protestirt und beantragt, dieselbe im Interesse des öffentlichen Wohles rückgängig zu machen. Wie man hört, hat der Statthalter in Folge dieser Proteste die Thätigkeit der Kommissionen zur Regulirung der gutherrlich-bäuerlichen Verhältnisse einstellt und nach Petersburg um weitere Verhaltungsbeehle telegraphirt. — Polnische Blätter und nach ihnen die „Morning Post“ hatten die haarsträubendsten Berichte über angebliche Mißhandlungen veröffentlicht, welche aufgegriffene polnische Zuzügler in der Provinz Posen seitens des Militärs erlitten hätten sollten. In Folge dieser Berichte hat das General-Oberkommando in Posen eine strenge Untersuchung der angeführten Fälle angeordnet und es hat sich herausgestellt, daß die Angaben durchweg erdichtet waren und jeder thatsächlichen Grundlage entbehrten. Gegen ein in Posen erscheinendes polnisches Blatt, das ähnliche Berichte brachte, ist deshalb seitens des General-Oberkommandos die Untersuchung wegen Verleumdung des Militärs beantragt worden. (Ostf. Z.)

### Donaufürstenthümer.

Bukarest, 23. Mai. Die Bojaren haben eine Beschwerde nach früherem Brauch an den Kaiser und an den Minister des Aeußern, Reichs-Oeffendi, gerichtet, in welcher sie bitten, man solle ihnen einen anderen Fürsten schicken. — Der Patriarch von Konstantinopel, Sophronios, fordert den hiesigen Metropolit von Moskau auf, sich zum Fürsten Rusa persönlich zu begeben und ihm die Kirchenstrafe anzudrohen, wenn er auf seinen apostatischen Absichten beharren sollte.

Die in Frankfurt erscheinende „Europe“ veröffentlicht ein vollständiges Bild der Lage der Donaufürstenthümer und der Politik der Mächte in Betreff derselben. Dieses Journal erklärt, weder Rußland noch Oesterreich würden es wagen, die Fürstenthümer zu besetzen, da sie sich aber nicht stark genug fühlten, der Gefahr einer Besetzung auf ihre eigene Rechnung die Stirn zu bieten, so seien sie auf die Idee gekommen, die Moldau und Walachei von den Türken besetzen zu lassen. Es erzählt dann die fruchtlosen Schritte der russischen und österreichischen Agenten in Konstantinopel, und erklärt, die Pforte habe bestimmt ausgeschrieben, dem Wunsche der Kabinette in Petersburg und Wien Folge zu leisten.

### Griechenland.

Der König Georg hat ein allgemeines Amnestiedekret erlassen, durch welches sämtliche aus politischen Gründen verurtheilte Militärpersonen begnadigt werden.

### Afrika.

Tunis, 23. Mai. [Telegr.] Die Hauptstadt ist fortwährend ruhig. Da aber der Bey sich geweigert hat, die Minister zu entlassen, so haben die Admirale der europäischen Geschwader beschloßen, Truppen zum Schutze ihrer Staatsangehörigen auszuschießen.

### Lokales und Provinzielles.

Posen, 30. Mai. Wir werden um Aufnahme folgender Berichtigung ersucht: Nicht in einer Differenz zwischen dem Vorsitzenden des Ausstellungs-Komitees und Herrn Defonomeidirektor Lehmann lag der Grund, daß die Schäferei dieses Herrn nicht mit bei der Prämierung konkurirte — eine solche ist überhaupt zwischen beiden gar nicht zu Tage getreten —, sondern darin, daß der Herr Direktor die durch das Reglement aufgestellten Klassen für unzureichend erachtete, und für seine Schäferei in keiner der dort bestimmten Klassen den entsprechenden Platz fand. Um eine so ausgezeichnete Schäferei aber bei der Ausstellung nicht überhaupt zu entbehren, wurde derselben vom Vorstehende ein besonderer Platz gewährt, wodurch sie dann aber freilich auch leider von der Prämierung ausgeschlossen war.

Die „Oideutsche Zeitung“ hat Recht: wir haben Unglück mit unseren Berichtigungen. Sie ließ den Minister v. Selchow am vorigen Sonntage von hier nach Berlin abreisen, und er ist wirklich bereits am Donnerstage Abends dort eingetroffen. Was nun den von ihr als bevorstehend verkündeten Belagerungszustand betrifft, so wird es am besten sein, abzuwarten. Wir haben hauptsächlich ihre Konfusion bekämpfen wollen, wonach aus dem Wechsel im Kommando des 5. Armeekorps auf jene Maßregel zu schließen sei. Wenn der Belagerungszustand noch verhängt werden sollte, woran wir zweifeln, so würde er nicht die Provinz Posen, sondern die Grenzreise der Provinzen Posen und Preußen betreffen, mithin über das Gebiet des gedachten Generalkommandos hinausgreifen.

Die gestrige Frohnleichnam-Procession war durch die gleichzeitige Jubiläumsfeier des Herrn Erzbischofs v. Przyluski besonders feierlich. Eine Anzahl berittener Landleute führte den Zug; das Wetter hielt sich den ganzen Tag ohne Regen.



[Bapfenstreich.] Zu Ehren des am Sonnabend hier eingetrof- fenen neuen kommandirenden Generals von Steinmetz, fand gestern Abend ein großer Bapfenstreich statt, ausgeführt von sämtlichen Militärkapellen. Heute brachten die Kapellen vom 6. und 12. Regiment dem kommandiren- den General eine Morgenmusik.

5 Birnbaum, 27. Mai. [Sterbekassenverein; Kollekte.] In der letzten Sitzung des Ausschusses unseres Vorschubvereins wurde die Gründung eines mit dem Vorschubverein in Verbindung stehenden Sterbe- kassenvereins angeregt, dessen Mitglieder gleichzeitig Mitglieder des Vor- schubvereins sein müssen. Da der Antrag die nötige Unterstützung fand, so wurde eine Kommission gewählt, welche die Statuten zu entwerfen hat. Wir wünschen dem Unternehmen um so mehr Glück, als unsere Stadt ein derartiges Institut jetzt nicht besitzt, während früher hier vier verschiedene Sterbekassen mit Unterstützungen zu 50, 30, 20 und 10 Thlr. bestanden, die leider durch mangelhafte Verwaltung nach und nach eingegangen sind. — Die in der hiesigen evangelischen Parochie abgehaltene Kirchen- und Haus- kollekte zur Abhilfe der Nothstände in der evangelischen Kirche hat den er- freulichen Ertrag von nahe an 66 Thlrn. geliefert.

6 Wollstein, 29. Mai. [Antisubjubiläum; Chaussee.] Gestern waren es fünf und zwanzig Jahre, seitdem unser allgemein verehrter Mitbür- ger, der Kreisphysikus Sanitätsrath Dr. Casel zum Kreisphysikus ernannt und demselben das Kreisphysikat in hiesiger Stadt übertragen wurde. Die städtischen Behörden wollten diesen Tag nicht vorübergehen lassen, ohne dem würdigen, verdienten Manne einen Beweis ihrer Hochachtung zu geben und sie beschloßen, denselben zum Ehrenbürger zu ernennen. Eine Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten überreichte dem Herrn Subilar am gestrigen Vormittag den Ehrenbürgerbrief. Hierauf wurde dem Herrn Sanitätsrath durch mehrere Freunde aus hiesiger Stadt und Umgegend ein prachtvolles silbernes Theeservice, das die Inschrift trägt: „Zum 25jährigen Jubiläum ihrem Arzte und Freunde den 28. Mai 1864“ übergeben. Der würdige Subilar dankte in wenigen, aber herzlichsten Worten.

An der Chausseestrecke von Köbnitz bis an die Meiseritzer Kreisgrenze in der Richtung nach Bentschen wird tüchtig gearbeitet, und es dürfte binnen kurzer Zeit die Strecke Köbnitz-Bentschen ebenfalls dem Verkehr übergeben werden. Die Chausseelinie Frankfurt-Wollstein-Bentschen-Meiseritz würde hiermit in ihrer ganzen Länge gebaut sein. Unser Kreis, der hierdurch fast nach allen Seiten hin durch Chaussees verbunden ist, würde bis zur Realis- rung der Eisenbahn Frankfurt-Posen und Guben-Posen keine Chaussee zu bauen haben. Alsdann würde aber eine Chausseeverbindung nach dem pro- jectirten Bahnhof Alexandrowo (1 1/2 Meilen von hier entfernt) zum Anschluß an die Frankfurt-Posener Eisenbahn, und von Köbnitz nach Boms (1 Meile) zum Anschluß an die Guben-Posener Bahn zu bauen sein.

2 Schwerin, 28. Mai. [Verfegung; Konzert.] In Folge eines Restripts des Herrn Justizministers ist der Kreisrichter Contenius, welcher kaum zwei Jahre bei der hiesigen Kreisgerichts-Deputation fungierte, zum 1. Juni c. in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Liegnitz verlegt wor- den. Alle, die amtlich oder privatim mit ihm verkehrten und ihn näher ken- nen zu lernen Gelegenheit hatten, sahen ihn ungern von hier scheiden.

Seiner patriotischen Gesinnung gab er kurz vor seinem Scheiden noch da- durch Ausdruck, daß er ein Konzert für die bei Erstürmung der Düppeler Schanzen verwundeten Krieger anregte und am 22. d. zur Ausführung brachte, wobei er im Verein einiger Dilettanten, unterstützt von der hiesigen Liedertafel, eifrig mitwirkte. Der Ertrag des Konzerts ergab, obgleich die Dürftigkeit der Bewohner unseres Orts in letzter Zeit wiederholt bean- sprucht wurde, die nicht unbedeutende Summe von 40 1/2 Thlr.

Bromberg, 28. Mai. Gegenüber den von gewisser Seite her ausge- sprengten Nachrichten über den Zustand unserer ländlichen Verhältnisse, der durch den Einfluß der traurigen politischen Vorgänge in unserer Provinz und den angrenzenden Kreisen veranlaßt sein soll, konstatirt die „Bromb. Z.“, daß gerade in letzterer Zeit mehrfach Güter zu hohen Preisen zum Theil an Auswärtige verkauft worden sind. Den Verkauf von Jastrzebie haben wir bereits gemeldet, jetzt ist auch das zu demselben gehörige Nebengut August- walde preiswürdig verkauft worden. In der Barliner Gegend sind gleich- falls größere Gutsverkäufe zum Abschluß gekommen.

Labischin, 27. Mai. Se. Excellenz der Minister der landwirthschaft- lichen Angelegenheiten, Herr v. Seelow, traf am Mittwoch mit dem Herrn Ober-Präsidenten Horn zur Besichtigung der Weiswiesen hier ein. Nachdem der Herr Oberpräsident die Kirchen und Schulen besichtigt, begaben sich die Herren in Begleitung der Herren Regierungsrath von Schierst, Bauin- spektor Schultemann, Rittergutsbesitzer v. Wilecki, als General-Bevollmäch- tigteter der Herrschaft Labischin, und Kieselmeister Noth nach den Meliora- tions-Wiesen. Leider wurde das Wetter so ungünstig, daß die Besichtigung kaum möglich war.

Auf den Wiesen sind jetzt Leute beschäftigt, einzelne Dämme breiter zu legen und Gräben zu machen, die sich noch als nötig herausgestellt haben. (Bromb. Z.)

4 Schneidemühl, 27. Mai. Die Vorbereitungen zu unserm gro- ßen Holzverkauf sind im Gange und die Veröffentlichung des Submis- sionstermins dürfte bald erfolgen. — In der gestrigen Nacht hatten wir auf der Posener Vorstadt Feuer, durch welches die Hintergebäude dreier Besitzer die auch mit dem Mobiliar verbrannt sind, eingeäschert wurden. — Der Bau unseres Schützenhauses schreitet rasch vorwärts und soll bis Oktober beend- igt sein. — Das Pfingstschützenfest hat schon auf dem neuen Plage stattgehabt. Die Einladung zum Posener Provinzial Schützenfeste ist auch hier eingegan- gen. An demselben wird sich von den hiesigen Schützen jedoch wohl Nie- mand betheiligen.

## B e r m i s c h t e s .

\* Hirschberg, 27. Mai. [Eine Schlittenpartie Ende Mai.] Der hiesige „Gebirgsbote“ meldet: Wegen des vielen gefallenen Schnees im Gebirge beschloß eine Gesellschaft zu Arnberg bei Ober- Schmiedeberg eine Schlittenpartie zu machen, und fuhr dieselbe am 25. Mai, Vormittags neun Uhr, von der Gottespforte bis zum Arnberger Kreischam. Die Fahrt ging schneller als auf der Eisenbahn. (Bresl. Z.)

\* Eduard Mauthner besingt in der „Bresl. Z.“ unsern frostigen Mai unter Benützung Heine's:

Im wunderschönen Monat Mai,  
Als alle Knospen sprangen,  
Da habe frierend ich auf Reu  
Zu heizen angefangen.

Im wunderschönen Monat Mai,  
Als hell die Vögel sangen,  
Bin ich in schweren Röden zwei  
Und einem Pelz gegangen.

\* Aus Westfalen. Folgende wörtlich getrene Bittschrift sandte ein Vater, dessen Sohn Soldat werden sollte, an den König von Preußen: „Thranenverheerter Herr König! Eure Majestät werden gütigst verzeihen, wenn ich Ihren Thron besteige. Ich bin Seidewirker. Vor- riges Jahr brachte ich meinen Sohn zu Gott (wurde konfirmirt), dieses Jahr zum Tischler. Mein Sohn soll drei Jahre dienen, es könnte mit einem Jahre abgemacht sein und wird schon gehen. Eure Majestät ha- ben ja schon bei mancher Gelegenheit ein Auge zugedrückt, drücken Sie noch einmal ein Auge zu.“

\* Brüssel, 23. Mai. Das ungeheuerste Aufsehen erregt im ganzen Lande ein soeben vor dem hiesigen Appellhof verhandelter Pro- zess. Der Held, oder vielmehr das ausersichene Opfer jenes Prozesses, Neffe und einziger Erbe eines steinreichen Mannes, ist durch nachgewie- sene Einflüsse zu einem verderbten Subjekte geworden und seit etwa 20 Jahren von einem Gefängnisse ins andere gewandert. Während dieser Frist haben die Jesuiten die 4 bis 6 Millionen starke Erbschaft des On- kels erlangt. Eben sollte nun jener unglückliche Mensch das Gefängniß von Vilvoorde verlassen, als er mittels eines ihm zugeschiebenen, nach dem Auspruch der Jury gefällten Drohbriefes aufs Neue auf die Anklagebank gebracht wurde. Zum Jubel des Publikums wurde er frei- gesprochen, und seitdem beschäftigte sich die ganze Presse des Landes mit diese cause celebre. Flugschriften und Blätter erscheinen in Fülle über die Angelegenheit, und Sammlungen werden veranstaltet, um dem

berechtigten Erben mittels eines Civil-Prozesses zur Wiedererlangung sei- nes Gutes zu verhelfen. Die Sache erregt weit mehr Interesse, als die Lösung der Ministerkrise.

\* Das vom Kongresse nach dem Fort Pillow gesendete Unter- suchungskomitee hat einen voluminösen Bericht erstattet, welcher selbst die entsetzlichsten Details der dort verübten Gräuelt thaten bestätigt und noch neue hinzufügt. (Seitdem hat derselbe General Forrest eine zweite Garnison niedergemetzelt.) Außer den Verwundeten und Kran- ken, die von den Rebellen-Schweifalen sammt den Lazarethten ver- brannt wurden, erlitten zwei der wehrlosen Gefangenen den Feuer- tod. Der eine ward mit seinen Kleidungsstücken auf die Dielen eines Brettergebäudes festgenagelt, so daß er sich nicht rühren konnte, der andere an die äußere Bretterwand; dann ward das Holzwerk angezündet und die beiden Unglücklichen bei lebendigem Leibe geröstet; denn in der Lage, in welcher sie sich befanden, konnte ihnen nicht einmal die armselige Wohlthat des Erstickens zu Theil werden. Auch die sehr we- nigen Gefangenen, welche die Rebellen lebendig mitnahmen, wurden größtentheils an den folgenden Tagen auf dem Marsche ermordet, so namentlich der Kommandant des Forts, Major Bradford. Im Gan- zen hatte die Besatzung 19 Offiziere und 538 Mann gezählt (unter den letzten 262 Neger). Von den Offizieren ist nur noch einer am Le- ben. Von den Soldaten sind in und bei dem Fort gegen 400 Mann ge- tödtet worden, fast alle nach erfolgter Uebergabe massakrirt. Die Richmon- der Blätter prahlen sogar mit einer noch höheren Zahl von Ermordeten und geben sie auf nahe an 500 an. Dabei sind ohne Zweifel die 40 oder 50 Gefangenen mitgezählt, die lebendig aus dem Fort mitgenommen, aber späterhin ermordet wurden. Es ist schon angeführt, daß die südlichen Zeitungen, weit entfernt, die beispiellose Gräuelt that zu desavouiren, sie im Gegentheil aufs Höchste beloben und als nachahmenswerthes Vorbild hinstellen. Nun, in Einem Sinne könnte man in dieses Lob einstimmen. So gräulich die Abschachtung der Gefangenen im Fort Pillow sein möge, das Loos der Ermordeten ist doch kaum ein so beklagenswerthes, als das der unglücklichen Gefangenen, die in Rich- mond durch Hunger zu Tode gefokkelt werden, wie es noch immer ge- schieht. Erst vor wenigen Tagen ist zu Annapolis eine neue Ladung von 362 ausgetauschten Gefangenen aus Richmond angelangt. Der Anblick, den sie darboten, war der Art, daß selbst der stärkste Mann dabei erbeben mußte. Nicht einmal wandelnde, kaum kriechende Leichname, mit erloschenen Augen, fahler, auf die Knochen aufgetrockneter Haut, unter der jede Spur von Muskulatur verschwunden war, mußten die Ankömmlinge fast ohne Aus- nahme sofort ins Spital. Die Hälfte mußte auf Bahnen dahin getra- gen werden. Nicht ein Viertel der gesammten Zahl wird mit dem Leben davon kommen. Und in allen Fällen stellt die ärztliche Untersuchung nur Eine Ursache des Krankheitszustandes fest: Hunger.

\* Paris. [Belisier der Ausländer.] Das Sprichwort: de mortuis nihil nisi bene, ist höchst abgeschmakt, namentlich bei Personen, deren Thätigkeit der Geschichte angehört. So wird Belisiers Name nicht bloß mit der Eroberung des Malakoff, sondern mit der unmenslichen Aus- räumung der Beni Ramah für immer verbunden bleiben. Febr. v. Ma- kahn schildert in seinem Buche „Drei Jahre im Nordwesten von Afrika“ diese Gräuelt that folgendermaßen: In die Grotten von Freidich hatte sich nach Unterwerfung der Stämme im Dahra der ganze Stamm der Beni Ramah mit Weibern, Kindern und Hausthieren geflüchtet. Belisier beschloß, den Stamm, der selbst jetzt noch auf seine Leute von diesem Versteck aus ge- feuert hatte, zu Poaren zu treiben. Das Holz und Stroh, welches Belisier rings um die Oeffnungen häufen und anzünden ließ, entzündete bald seine erstickenden Dämpfe ins Innere der Höhle. Das Brüllen der Thiere, das dumpfe Stöhnen der Männer, das Wehklagen der Frauen und das gelle, ächzende Geidrei sterbender Kinder ließen sich bald vernehmen. Dazwischen tönte hier und da aus dem Inneren der Grotte ein Schuß hervor: vielleicht, daß einer dieser dem Tode Geweihten sein Leben durch eigene Hand zu be- endigen vorgezogen hatte. Allmählig wurde es stiller. Ein letztes helles Auf- wiehern eines edlen Rennters, ein letzter röchelnder Fluch eines sterbenden Feldes, und es war vorbei — Todtenstille herrschte in den Grotten von Freidich! Schrecklich war das Schauspiel, welches sich am anderen Morgen der auf Befehl Belisiers in die Höhle zuerst eindringenden Ingenieurkompanie darbot: am Eingange lagen zwei halbverkohlte Stiere, deren Häupter die Ara- ber mit ihren Wurffüssen umwidelt hatten, wahrlich, um der Wuth dieser vom Feuer tobsüchtig gemachten Thiere ein menschliches Ziel zu verbergen. Daneben kauerte die Leiche einer Mutter, welche allem Anscheine nach der Tod ereilt hatte, während sie ihr Kind gegen die Wuth eines dritten Stieres verteidigte; denn noch hielt sie die Hörner des Thieres mit beiden Händen umfaßt. Hier lagen Körper, die der Todestampf schrecklich verzerrt hatte und deren Munde noch ein schwarzer, halb geronnener Blutstrahl entquoll. Dort ruhte der ehrwürdige Scheiß des Stammes, ohne Zweifel von der Wuth seines eigenen Rennters, unter dessen Leiche die seinige gefunden wurde, erdrückt. Zwei Liebende hatte der entsetzliche Tod Arm in Arm er- reicht. Da lagen sie, in einander geschlungen, ein Bild des Friedens und der Boesie, mitten in dieser gräßlichen Scene! Den Ausdruck des Grauens und entsetzlichsten Jammers hatte das unsägliche Leiden auf den Gesichtern aller Sterbenden hervorgerufen, und diesen Ausdruck hatte der Tod auf ihren Bügen festgebannt. Dort lag ein unglückliches Mädchen, dessen Stirn sich der Fuß eines mitleidenden Araberhengstes aufgelegt hatte. Dem Thiere, welches, in eigenen Todestampfe wahnfinnig um sich tretend, ihren Tod verursacht hatte, ruhte die junge Araberin halb verbrannt zur Seite. In dem tiefsten Winkel der Grotte fand man die erstickte Leiche einer alten Frau, welche noch einen Krug Wasser an ihren Mund zu halten schien. Ihre Arme waren nicht gefunken, denn die Alte kauerte in einer solchen Stellung, daß sie die Ellenbogen auf einen Felsvorsprung stützte. So hatte sie der Tod erreicht, als sie eben durch Flammen und Rauch von verlegendem Durste gepeinigt, das labende Naß den Lippen nähern wollte. Pferde und Männer, Frauen und Kinder, Kinder und Biegen, Waffen und Gewänder, Alles lag verbrannt, verfestigt oder eingeäschert in grauer, wahnfinniger Unord- nung auf dem vom Rauche geschwärzten Boden da. — So hatte der Stamm der Beni Ramah geendet!

Eingefandt. Theater. Wie wir aus zuverlässiger Quelle vernommen, wird Fräulein Unger, erste Liebhaberin des Friedrich- Wilhelmstädtschen Theaters in Berlin, am Sonnabend, den 4. Juni mit der „Cäcilie“ in dem Schauspiel gleichen Namens, von Otto Precht- ler, auf hiesiger Bühne einen Gastrollen-Cyklus beginnen. — Die junge Künstlerin hat nicht nur in Berlin, sondern an allen bedeutenden Büh- nen, wohin sie auf ihren Gastspiel-Reisen gekommen, die größte Sensa- tion erregt und sich schnell die Gunst des Publikums zu erringen gewußt. — Otto Prechtler's „Cäcilie“ ist eines der besten Stücke des gefeierten Dichters und in Berlin, Dresden, Wien mit dem größten Beifall auf- geführt, wo es zu den geringsten Repertoire-Stücken zählt. — Die Rolle der „Cäcilie“ giebt der geschäftigen Künstlerin Gelegenheit, ihr schö- nes Talent zu zeigen, doch dürfte es unerlässlich notwendig sein, das Stück im Stadt-Theater zur Aufführung zu bringen, da die Wir- kung desselben auf einer Sommer-Aufführung verloren gehen würde und wollen wir die Direktion hierdurch — selbst bei gutem Wet- ter — gebeten haben, die Aufführung dieser Vorstellung im Stadt- Theater zu bewerkstelligen.

## Unser Trinkwasser.

Die Behauptungen vieler Leute, daß das hiesige Trinkwasser die Ursache vieler Krankheiten sei, welche in Posen zu herrschen pflegen, wie auch wissen- schaftliches Interesse bestimmten mich, das hiesige Trinkwasser, welches in

die Cisterne fließt und wohl vom größten Theile der Einwohner im Haupt- stadttheile getrunken wird, zu untersuchen. Es geschah Ende April 1863. 3 Liter = 3000 Kubit-Centimeter enthielten folgende Bestandtheile:

			Grammen.	
			ganze	Decimal- Stelle.
1.	Kochsalz	Na Ce.	0,	031, 557
2.	Kieselkalk	KaO, SiO <sub>2</sub>	0,	032, 782
3.	Schwefelsaures Ammoniak	AmO, SO <sub>3</sub>	0,	000, 983
4.	Schwefelsaure Magnesia	MgO, SO <sub>3</sub>	0,	042, 609
5.	Kohlenlaure Magnesia	MgO, CO <sub>2</sub>	0,	080, 479
6.	Schwefelsauren Strontian	StrO, SO <sub>3</sub>	0,	028, 037
7.	Kohlenlauren Kalk	CaO, CO <sub>2</sub>	0,	038, 614
8.	Schwefelsaure Thonerde	Al <sub>2</sub> O <sub>3</sub> , 3(SO <sub>3</sub> )	0,	002, 259
9.	Kohlenlaure Eisenoxydul	FeO, CO <sub>2</sub>	0,	001, 038
10.	Kohlenlaure Manganoxydul	MnO, CO <sub>2</sub>	0,	000, 081
11.	Kieseläure	SiO <sub>3</sub>	0,	032, 001
12.	Humins- und organische Körper		0,	002, 780
13.	Ammoniak und salpetrige Säure		0,	Spuren.

Gase nicht bestimmt.

Wie wir sehen, enthält dasselbe keine Stoffe, die man als der Gesund- heit nicht zuträglich betrachten könnte, sei es in der Art oder in der vorhan- denen Menge derselben, im Gegentheil sind alle diese Stoffe für Ernährung und Organisation menschlicher und thierischer Körper nicht unwichtig. Auch hier wie anderwärts sehen wir die wunderbare Vorjorge der Mut- ter Natur.

Die Klagen über Krankheiten sind in der Beziehung nicht nur unge- recht, sondern ungerecht, und könnten wohl ihre Gründe, wenn solche bei uns ausnahmsweise vorhanden sind, in anderen Verhältnissen, z. B. in klimatischen oder der ursprünglich sumphigen Bodenbeschaffenheit eines Theils des Baupterritoriums unserer Stadt haben.

Bezüglich des Resultats der Untersuchungen erlaube ich mir beizufügen, daß ich mir über die Fragen:

„Welche Salze und in welchen Verhältnissen, unter welchen Einflüs- sen der Temperatur, Jahreszeiten zc. im Wasser Ab- und Zunahmen erfahren, und welche Ursachen wohl diesen Erscheinungen zu Grunde liegen?“

Weiteres für spätere Zeit vorbehalten.

Posen, den 27. Mai 1864.

R. Scholz.

Wie wenig übereinstimmend die Ansichten, selbst Sachverständiger, über die in neuerer Zeit im Volke Platz greifende natürliche Gesundheitspflege und über die dazu auftauchenden Fabrikate (Speisen und Getränke) sind, wird wohl durch Nichts schlagender bewiesen, als durch die Thatsache: daß genau zu derselben Zeit, da von Seiten der privilegiirten Apotheker und man- cher Aerzte eine strafrechtliche Verfolgung des schon seit drei Jahren be- stehenden Daubig'schen Kräuter-Liquors beantragt und durch die kürzlich stattgehabte Confiscation des Liqueurs in den Niederlagen und die (ibri- gens sofort wieder aufgehobene) Schließung der Fabrik auch begonnen wurde, das Königl. Sächsische Ministerium des Innern in einem an die Kreis-Direktion zur Zwickau erlassenen Restrikt wörtlich Folgendes verfügt: „Das Königl. Ministerium des Innern, welchem von der Königl. Kreis- Direktion mit Rücksicht darauf, daß unter den Bezirksärzten in Betreff des Daubig'schen Kräuter-Liquors eine wesentliche Meinungsverschie- denheit herrscht, Vortrag geschehen, hat der Ansicht der Königl. Kreisdirek- tion beigepräftet, daß der Vertrieb des „Daubig'schen Kräuter-Li- queurs“ auch den Apothekern nicht zu untersagen sei.“

## Angelommene Fremde.

Vom 29. Mai.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Gutsbesitzer v. Gutowski aus Odro- waz und Graf Starbel aus Bielsko, Landwirth Schröder aus Gne- sen, Kaufmann Baierlein aus Nürnberg.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Gutsbesitzer Großmann aus Ostrowitz, Rechts- Anwalt Milewski aus Trachenberg.

SCHWARZER ADLER. Die Gutsbesitzer Projecti aus Grabowicz u. v. Swi- niarski aus Budziszewo, Partikulier v. Suminski aus Chocice.

HOTEL DE PARIS. Gutsbesitzer Sempolowski aus Krowo, Partikulier Polaski aus Gogolewo, Gastwirth Densel aus Ologowitz, Fabrikant Hofenberg aus Berlin.

BAZAR. Die Gutsbesitzer Szuldrzynski aus Luban, Poffow aus Boruszyn, Potocki aus Bendewo, Unrug aus Malpin, Sczaniecki aus Wiedzy- chob, Wilonski aus Morka, Graf Wlasyński a. Kotowo, Dobrycki und Komowski aus Baborowo, Karsnicki aus Emchen und Mittel- stadt aus Silec, Frau Chojacka aus Kosmin, Partikulier Borzenski aus Byzostowo.

Vom 30. Mai.

HOTEL DU NORD. Die Gutsbesitzer v. Wybicki aus Tylic, v. Budziszewski aus Czachorowo, v. Starzynski aus Chelkowo, v. Starzynski aus Szwabie, v. Goscimski aus Krowo, v. Starzynski aus Sosolowo und v. Poninski aus Komornik, Kaufmann Littmann aus Breslau, Schneidermeister Sanders aus London.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Gutsbesitzer Karczewski aus Lubze, Jaskinski aus Witawice, Storzewski aus Olejno und Waligorski aus Krowoworo, Frau Schlegel aus Thorn, Zimmermeister Droel aus Kzin, Generalbevollmächtigter Jaskielski aus Goslawice, Ger- Referendar Senfleben aus Schrimm, Kaufmann Schulze aus Stet- tin, Lieutenant a. D. Sobieski aus Gnesen.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Moderow aus Frankfurt, Un- ger und Schulz aus Leipzig, Lion und Sachs aus Breslau, Heinrich aus Gersdorf, Kreisverwalter aus Berlin, Schmidtman aus Düsseldorf und Everlin aus Stettin, Königl. Kammerherr Graf Radlinski aus Jarocin, Gutsbesitzer Bychinski aus Mirzynowo, die Rentiers Schuster und Frau Dreger aus Hamburg.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Gutsbesitzer Graf Starbel aus Bielsko, Kierski aus Poln. Wiesen, Wollschläger aus Iwno, Rymarkiewicz aus Baborowo und v. Buchholz aus Brandenburg, Landwirth Schrö- der aus Gnesen, die Kaufleute Baierlein aus Nürnberg und Hager- mann aus Hamburg, Rentier v. Derges aus Meßlenburg, Frau Bauer aus Stettin.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Hauer aus Rawicz, Joseph und Neu- mann aus Pleschen, Kerstan und Bloch aus Breslau, Rentier Pans- mann und Volontair Boech aus Breslau.

SCHWARZER ADLER. Gutsbesitzer Szuldrzynski aus Golin, Wirtschafts- Inspektor Schulz aus Strzalkowo.

BAZAR. Die Gutsbesitzer Chlapowski aus Kobarzowo und Chlapowski aus Rothdorf, Slawojewski aus Ustaszewo, Witorski aus Krowowo, Szelista aus Orzeszowo, Dobrogoski aus Podoswintne, Voncki aus Bosadowo, Ostrowski aus Gutowo und Djalowska aus Mgowo, Partikulier Lowicki aus Bosadowo.

HOTEL DE PARIS. Die Gutsbesitzer Matowski aus Morawowo, Wghanow- ski aus Odro, Wolski aus Gulezowo, Urbanowicz aus Wycin und Uzmancki aus Wolschen, Dekonom May aus Sulan, Gonforowski aus Zberst, Dehemel aus Schrimm, Agronom Grocholski aus Granowo.

SEELIG'S GASTHOF ZUR STADT LEIPZIG. Die Kaufleute Stern, Quartier- meister, Fröhling, Rau, Raschke und Boas aus Gräg, Eigenthümer Gintrowicz aus Dvalenice, Güter-Agent Brynyski aus Bromberg.

KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF. Die Kaufleute Kroner und Mil- lerheim aus Berlin, Köny aus Wogrowitz, Seliglohn aus Hart a. D., Rüttner aus Wreschen und Wilczynski aus Kierzewo, Frau Woiwiohn aus Kafel, Brenner-Verwalter Wsch aus Targowagorla.

HOTEL ZUR KRONE. Die Kaufleute Königsberger aus Gräg, Borchardt aus Binn und Adamski aus Wollstein, Buchbändler Buchner aus Konin.

EICHENER BORN. Die Kaufleute Strelitz und Jarecla aus Baborowo, Bau- mann aus Szamarynowo, Grün aus Slupce und Gehlhorn aus Kleeo, Kantor Friszein aus Komja.

PRIVAT-LOGIS. Spizenhändler Pros aus Trebnitz, Magazinstrasse Nr. 15. (Beilage.)







Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. M. M. Sochmus in Posen. — Druck und Verlag von W. Deder & Comp. in Posen.